

Schutzkonzept für Hochwasser, aber nicht für Starkregen

ERFURT-OST BI wirft Verwaltung vor, die Sturzflutgefahr bewusst auszublenden. CDU und Grüne wollen das ändern

VON HOLGER WETZEL

Knapp 20 Monate nach der September-Sturzflut von 2014 soll der Stadtrat heute ein Hochwasserschutz-Konzept für den Linderbach und seine Zuflüsse beschließen. Es sieht eine Reihe baulicher Maßnahmen vor, mit denen die Orte im Osten der Stadt besser vor den Folgen gewöhnlicher Hochwasser geschützt werden. Starkregen und Sturzfluten wie 2013 und 2014, die das Konzept überhaupt erst ausgelöst haben, werden aber nicht berücksichtigt.

In einer Sitzung der drei betroffenen Stadtrats-Ausschüsse warf die Bürgerinitiative (BI) für den Hochwasserschutz aus Linderbach gestern der Verwaltung vor, die Sturzflutgefahr bewusst ausgeblendet zu haben, weil die Vorsorge zu teuer erscheine. Maßnahmen könnten aber vom Land nur gefördert werden, wenn sie auch im Konzept stehen, sagte der BI-Sprecher Andreas Funke-Reuter.

„Im Beschlusstext kommen die Starkregen nicht vor“, meinte auch der CDU-Stadtrat Jörg Kallenbach. „Das bringt uns auf die Palme.“

„Unsere Aufgabe war es, ein Hochwasserschutzkonzept zu erstellen“, antwortete die Umweltdezernentin Kathrin Hoyer (Grüne). „Das haben wir getan.“ Augenscheinlich hätten Bürger

und Verwaltung unterschiedliche Vorstellungen. Die Verwaltung könne aber nicht jeden Wunsch der Bürger im Konzept erfüllen.

Wie die BI wies aber auch die Büßlebener Ortsteilbürgermeisterin Kathrin Hörr darauf hin, dass weniger das Hochwasser, sondern die viel verheerenderen Starkregen ein wiederkehrendes Phänomen im Erfurter Osten seien. „Der Erfurter Osten ist eine Region, die das anzieht“, sagte sie.

Die Maßnahmen aus dem Konzept sollten nun rasch um-

gesetzt werden. „Doch wir müssen uns mit dem Thema weiter befassen“, sagte Hörr. Einig sei man sich allerdings geworden, dass große Regenrückhaltebecken nicht die richtige Antwort auf die Gefahr darstellen.

Die Möglichkeit, das Thema am Köcheln zu halten, bieten Ergänzungsanträge, die CDU und Grüne angekündigt haben. Sie fordern die Verwaltung explizit auf, bis zum Frühjahr 2017 unter breiter Bürgerbeteiligung ein Risikomanagement für solche Extremregen zu erstellen. Dazu sollen die Sensibilisierung zur

Eigenvorsorge, die Hilfe im Katastrophenfall, ein Warnsystem und weitere bauliche Maßnahmen gehören. Für die Linke signalisierte Barbara Glaß, dass ihre Fraktion die Richtung dieser Anträge unterstützt.

In der Diskussion zeigte sich, dass trotz zahlloser Gesprächsrunden zwischen Bürgern, Ortsteilräten und Verwaltung noch längst nicht alle Missverständnisse ausgeräumt wurden. So verstand die Verwaltung einen Antrag aus Linderbach, dezentrale Regenrückhaltemaßnahmen zu forcieren, als Aufforde-



Aufräumarbeiten in Linderbach nach dem Hochwasser 2014. Das Schutzkonzept soll dazu beitragen, dass die Ortschaften künftig besser gerüstet sind. Foto: Anja Derowski

rung zum Bau kleinerer Regenrückhaltebecken.

„Dabei meinen wir viele kleine Rückhalteöglichkeiten, bei denen das Gelände ausgenutzt wird“, stellte der Linderbacher Ortsteilbürgermeister Holger Heider klar. Diese Maßnahmen verursachten keinen großen Aufwand. Die Wiederherstellung der Bachläufe wäre schon ein wichtiger Schritt. „Als Stadtrat wollen wir diese Missverständnisse heilen“, versprach der Grüne Ludger Kanngießer.

Ergebnisbericht als Teil des Konzeptes

Der Leiter des zuständigen Gartenamtes Wolfgang Schwarz konnte gestern nicht alle offenen Fragen beantworten. Er versicherte aber, dass die Fachleute im Amt alle Vorschläge ernsthaft geprüft hätten.

Als ein Versehen stellte die Verwaltung dar, dass die Beschlussvorlage zwar auf viele andere Dokumente, nicht aber auf das Ergebnis eines Hochwassergutachtens verweist. Es liegt dem Konzept zu Grunde und befasst sich auch mit Starkregen. Als die Linke-Stadträtin Barbara Glaß auf den fehlenden Verweis aufmerksam machte, versprach Dezernentin Hoyer, dies bis zur heutigen Sitzung zu korrigieren.